

Dieter W [REDACTED]  
[REDACTED]

24-02-2017

An  
Netzentwicklungsplan Strom  
Stichwort NEP/Umweltbericht  
Postfach 10 05 72  
10565 Berlin

per mail an: [konsultation@netzentwicklungsplan.de](mailto:konsultation@netzentwicklungsplan.de)

## **Stellungnahme im Konsultationsverfahren zum Szenariorahmen NEP-Strom 2030**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit spreche ich mich als Bürger [REDACTED] der Gemeinde Bergrheinfeld entschieden gegen einen weiteren Ausbau von Stromtrassen im gesamten Gebiet des Landkreises Schweinfurt und auf der Gemarkung von Bergrheinfeld aus.

Der vorgelegte Szenariorahmen NEP 2030 ist hinsichtlich der angenommenen Energieerzeugung eine konsequente Fortschreibung der bisherigen Szenarien in den entsprechenden Netzentwicklungsplänen. Mit Unmut stelle ich fest, dass keine Änderung der bisherigen Strategie ersichtlich ist, obwohl mit der Änderung hin zum EEG 2017 eine verstärkte Dezentralität in Form von Zubauquoten vor allem in den südlichen Bundesländern vorgesehen sind.

Der Netzentwicklungsplan Strom 2030 skizziert nach meiner Ansicht völlig überzogene Netzausbauplanungen, die die Notwendigkeit einer Stromtrasse bisher nicht ausreichend belegt hat und nachvollziehbar begründet sind.

Die Herangehensweise, die im Ergebnis zu diesen überzogenen Ausbauplanungen im NEP 2030 führen, sehe ich als fachlich falsch, unsozial, naturschädlich, klimaschädlich und überteuert und deshalb unwirtschaftlich an.

Es wird weiterhin auf (teil)zentrale Erzeugung regenerativer Energien (v.a. starke Zunahme der Windkraft im Offshorebereich) und der dann im NEP dargelegten, daraus resultierenden Notwendigkeit des Ausbaues von langreichenden Stromtrassen gesetzt. Eine Strategieänderung im NEP 2030 auf dezentrale Erzeugung und damit ggf. ein Abnahme der Notwendigkeit von Trassenneu- und ausbauen ist nicht ersichtlich. Dadurch werden die zentralen Strukturen durch die Realisierung transeuropäischer Netze auf Dauer gefestigt.

Die Notwendigkeit der benannten Trassen ist nicht zweifelsfrei geklärt und beachtet völlig unzureichend Ziele/Vorgaben des Klima- und Naturschutzes.

Weitere Netzverstärkungen, Trassenverläufe und Leitungsbauten in jedweder Form sind klar abzulehnen. Leitungsneubau, Leitungsumbau konterkarieren die strategische und zukunftsorientierte Entwicklungsplanung der Gemeinde. (Siedlungs, Natur und Tourismusäume) Sie behindern erheblich die Wohnqualität einer städtischen Vorortgemeinde und schränken die Attraktivität der Lebensqualität ein.

**Den eingereichten Netzentwicklungsplan lehne ich auf das entschiedenste ab und nehme hierzu wie folgt Stellung:**

- Vor weiteren Planungen muss erst die Notwendigkeit neuer Trassen durch unabhängige und wissenschaftlich anerkannte Gutachter zweifelsfrei festgestellt werden.
- Sowohl der Kreistag des Landkreises Schweinfurt und der Gemeinderat von Bergheinfeld haben insbesondere der Forderung des Freistaats Bayern an den Bund gerichtet, dass der Szenariorahmen nach § 12 a Abs. 1 Satz 1 EnWG als Grundlage für den Netzentwicklungsplan künftig nicht mehr gemeinsam durch die Netzbetreiber, sondern durch eine unabhängige Bundesbehörde erstellt werden soll. Es ist sicherzustellen, dass den Interessen der Bevölkerung als Betroffene besondere Beachtung geschenkt werden muss, da diese mit den Auswirkungen und Belastungen dauerhaft leben müssen. Der von der bayerischen Staatsministerin Aigner durchgeführte Energiedialog belegt die Erforderlichkeit von Stromtrassen nicht.
- Nationale Infrastrukturmaßnahmen sind von allen Teilräumen des Landes zu tragen und dürfen nicht einseitig zu Lasten der Betroffenen Gemeinden umgesetzt werden. Nach meiner Überzeugung führt die derzeitige Planung zu einer nicht mehr vertretbaren Überlastung der Gemeinde von Bergheinfeld.
- Die Gemeinde Bergheinfeld hat schon strukturpolitisch einen erheblichen Beitrag durch zur Verfügungstellung von Flächen geleistet und somit sich durchaus an infrastrukturellen Maßnahmen positiv eingebracht. Allein im Gemeindegebiet Bergheinfeld befinden sich mehr als 170 Hoch- und Höchstspannungsleitungsmasten. Durch die Planungen des NEP 2030 wird neben der SuedLinkTrasse mit ihren Nebenanlagen (u.a. Konverter und das im Vorgriff errichtete Umspannwerk Bergheinfeld/West) weiterhin an der Planung der 380 kV-Leitungen P43 und P44 festgehalten.
- Diese Schmerzgrenze ist jetzt erreicht. Unsere Gemeinde darf nicht weiterhin als „Flächenspender“ und „Belastungsraum“ für die großen nationalen Verkehrs- und Energieinfrastrukturmaßnahmen zusätzlich belastet werden.
- Eine weitere Aufbüdung von Bergheinfeld sowie weitere Eingriffe in das Landschaftsbild durch jedwede HGÜ-Gleichstromtrasse kann und darf es in der Region Schweinfurt nicht geben!
- Die zukünftige Entwicklung wird durch das geplante Netzentwicklungs-vorhaben insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Erhaltung der

veifältigen Naturräume, Ausbau von Wohn-und Gewerbeansiedlung erheblich beeinträchtigt.

- Mein Einwand richtet sich gegen den Bau von Gleichstromtrassen im Allgemeinen, insbesondere aber auf den Korridor DC 4 (HGÜ-Trasse Wilster – Bergrheinfeld West); die Durchführung des Korridor DC 3 (HGÜ-Trasse Brunsbüttel nach Großgartach) sowie die Planungen zu den Maßnahmen P 43 (Mecklar - Dipperz - Bergrheinfeld West) bzw. 43mod (Mecklar – Dipperz – Urberach) und P 44 (Altenfeld – Schalkau – Grafenrheinfeld) bzw. P44mod (Altenfeld – Schalkau – Würgau – Ludersheim) als 380 KV Stromtrassen.
- Da die Leitungen/Stromtrassen nicht dem Allgemeinwohl dienen, und der Sicherung der Energieversorgung sondern dem Profit der Stromkonzerne und Netzbetreiber dienen, lehne ich diese ab (unabhängig davon ob als Erd- oder Freileitung). Die Investoren für neue Leitungen sichern Ihr Kapital aktuell 9,05 % und 6,91 % ab dem Jahr 2019 Rendite ab – was völlig überzogen und unsozial ist.
- HGÜ-Trassen/Leitungen sollen dem europäischen Stromhandel dienen und sind deshalb nicht akzeptabel, da diese einer dezentralen Energiewende entgegenstehen.
- Die Auswirkungen auf Gesundheit, sowie auf die Natur und Landwirtschaft bei Netzausbau + Konvertertechnik in Gleichstromtechnik sind nicht ausreichend erforscht und deshalb abzulehnen.
- Der Trassen- und Stromnetzausbau folgt auf irrelevanten Szenariorahmen die von Bundesnetzagentur und auch Netzbetreibern auf Basis rein wirtschaftsorientierten politischen Vorgaben für Konzerne zugrunde gelegt werden. Deshalb sind diese überzogenen Netzausbauplanungen abzulehnen.
- Die Kosten werden in höchstem Maße unsozial auf alle deutschen Stromkunden umgelegt. (unabhängig davon ob als Erd- oder Freileitung)
- Es ist nicht auszuschließen, dass über neue zusätzliche Leitungsvernetzung Atomstrom aus dem Ausland geleitet wird, deshalb sind neue Stromtrassen (unabhängig davon ob als Erd- oder Freileitung) abzulehnen.
- Es fehlen Anstrengungen / Berücksichtigung von Technologien die zur Netzausbauminimierung / Einsparung der Netzausbaumaßnahmen sinnvoll und notwendig sind, die auch bereits seit einigen Jahren wiederholt vorgeschlagen werden und echte Alternativen zum Netzausbau darstellen z.B. Power to Gas; Nachfragemangement; Power to Heat; Reserve-/ Gas-kraftwerke; Leiterseilmonitoring
- Ausdrücklich verweise ich auf die politische Vereinbarung der Regierungskoalition im Bund unter Mitwirkung des Freistaates Bayern, dass zur Entlastung des Netzknotens Grafenrheinfeld Alternativen zu finden seien.
- Ich fordere die Einhaltung dieser Vereinbarung auch durch die ÜNB, insbesondere aber die Bundesnetzagentur als für den Netzausbau zuständige verfahrensführende Behörde ein.

Das NEP-Verfahren lässt die notwendige Transparenz vermissen. Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange werden unzureichend und nicht ernsthaft an der Planung beteiligt. Über das Thema Netzausbauplanung hinaus fordere ich die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung unmissverständlich auf, ein fachlich begründetes Konzept zur Energiewende zu verfolgen und nicht nach politischer Stimmungslage immer wieder neue Planungsvarianten in den NEP's anzustoßen.

Dies beinhaltet auch die intensive Beschäftigung mit Energieeinsparungen und Speichertechnologien.

In diesem Zusammenhang beanstande ich vor allem das unterschiedliche Netzentgelt, das nach meiner Kenntnis in Unterfranken dreimal höher ist als in anderen Teilen Deutschlands.

Zusammenfassung:

Die ÜNB stellt im ersten Entwurf zum NEP 2030 weiterhin eine zentral geprägte Struktur der Energieversorgung vor. Ich vermissen neue Ansätze und Akzente der Dezentralität und fordere die Bundesnetzagentur auf, für diesen und die künftigen Netzentwicklungspläne den ÜNB ein alternatives Szenario mit verstärkter Dezentralität aufzugeben.

Die geplanten Drehstromtrassen P43 und P44 lehne ich als Bürger explizit ab. Zur geplanten Trasse DC4 – SuedLink - hat sich der Landkreis Schweinfurt und die Gemeinde Bergtheim bereits im konkreten Verfahren mehrfach geäußert und wird auch weiterhin ihre Auffassungen in der demnächst anlaufenden Bundesfachplanung nach §6 NABEG einbringen.

Ich bitte Sie dringend um Berücksichtigung meiner Anliegen bei der Prüfung des NEP 2030.

Mit der Veröffentlichung der Stellungnahme bin ich einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature block]